

Der vorliegende Band der Reihe Gemeinwesenarbeit beleuchtet inhaltlich das breite Spektrum, um das sich die Gemeinwesenarbeit dreht. Es geht um das, was sich in Praxis und Theorie hinter gemeinwesenorientierter Sozialer Arbeit verbirgt, um ihre Geschichte ebenso wie um aktuelle Entwicklungen. Die Artikel reichen vom Konzept Saul Alinskys bis zur GWA im Rahmen der alltäglichen Lebensführung. Es geht um die „Einmischung“ in den Stadtteilen, die Renaissance des Regionalen ebenso wie um Medienpädagogik im Rahmen der GWA oder den Einsatz von Methoden der GWA in der „Sozialen Stadt“ der Dritten Welt und in Australien.

Das Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 7 ist zugleich Prof. Dieter Oelschlägel gewidmet als Festschrift für seine Verabschiedung aus dem Fach „Praxisorientierte Sozialwissenschaft“ („an der Fakultät 1“) an der Universität Duisburg-Essen.

Mit Beiträgern von: Reinhard Aehnelt, Kurt Bader, Rudolph Bauer, Jacques Boulet, Mohammad Anwar Butt, Stefan Gillich, Antje Graupner, Hartmut Häußermann, Sabine Hering, Burkhard Hill, Wolfgang Hinte, Manfred Kappeler, Dieter von Kietzell, Regina Kirsch, Tilo Klöck, Peter Krahulec, E. Jürgen Krauß, Wolfgang Krebs, Jochen Köhnke, Thomas Lang, Manuela Lehnert, Maria Lüttringhaus, Jens Maienschein, Peter Marchal, Emilija Mitrovic, C. Wolfgang Müller, Günter Rausch, Thomas Rommelspacher, Simone Odierna, Richard Sorg, Lothar Stock, Sabine Stövesand, Peter Szyhka, Florian Tennstedt, Margarete Tjaden-Steinhauer, Sabine Weiss, Wolf Rainer Wendt, Georg Zinner

Simone Odierna, Ulrike Berendt (Hg.)

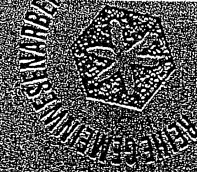
# Gemeinwesenarbeit Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsfelder

Jahrbuch  
Gemeinwesenarbeit

7

ISBN 3-930830-44-2

AG SPAK BÜCHER



Georg Zinner

## Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser als Partner lokaler Politik und bürgerschaftlichen Engagements

### Der gesellschaftliche Problemstau und das Grundrecht auf bürgerschaftliches Engagement

„Wir schaffen uns Institutionen, die uns das Leben erleichtern, uns allen dienen sollen – Regierung, Schule, Krankenhaus. Nach einer Weile verhält sich jede Institution so, als besitze sie uns, beginnt, uns zu befehlen, Vorschriften zu erteilen.“  
(Milos Forman, Regisseur)

Treffend drückt Forman aus, was viele von uns belastet: Wir sind unseren Institutionen ausgeliefert und wir können sie nicht so beeinflussen und gestalten, wie wir das gerne möchten. Heftiger noch: Wir zweifeln überhaupt an Handlungsfähigkeit von Regierung und staatlichen Institutionen und befürchten, dass sie unsere großen und kleinen Probleme – unser sozialstaatlich abgesichertes Lebensrisiko und die Qualität unserer kommunal organisierten sozialen Dienste – nicht mehr lösen und absichern können. Das hat Folgen: einerseits sinkt die gesellschaftliche Akzeptanz des Handelns von Regierungen und staatlichen Institutionen (auf lange Sicht ist das für eine Demokratie gefährlich) andererseits fangen die Bürger an, zivilgesellschaftlich zu handeln: Sie sorgen zumindest ergänzend vor für Alter und Krankheit, und sie schaffen sich eigene Institutionen, die ihren Ansprüchen genügen und ihren Vorstellungen entsprechen.

Stadtteil- und Nachbarschaftszentren sind solche Institutionen, und wenn wir von ihnen sprechen, dann sprechen wir über Bürgerinitiative und über Demokratisierung des Lebensalltags auf der Ebene der Region, der Kommune, des Stadtteils, der Nachbarschaft und über eine inzwischen lange Tradition, die mit der Gründung von Nachbarschaftsheimern und Bürgerhäusern schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts begonnen hat, von den Nationalsozialisten verboten, von den Amerikanern nach 1945 wieder begründet wurde und nach meiner Auffassung nach der „Eroberung gemeinwesensspezifischer Ansätze“ durch Sozialarbeit und Stadtplanung einen theoretischen Überbau, aber ein Fundament erst durch die Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre erhielt, als Kinderläden, Stadtteiläden, Bürgerinitiativen und die

Selbsthilfebewegung begannen, ihren Gestaltungswillen durchzusetzen. Heute ist der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ in aller Munde und steht teilweise auch dafür, kostengünstig soziale Arbeit zu organisieren und eine Entprofessionalisierung zu bewirken. Das erwarten diejenigen, die regieren und sparen müssen, aber auch diejenigen, die ihre Professionalität für den Nabel der Welt halten. In Wirklichkeit geht es aber um ganz und gar Selbstverständliches: dass Bürger sich engagieren, beteiligen, gestalten dürfen und sollen und zwar nach ihren Vorstellungen und ihren Interessen. Es handelt sich also um einen Demokratisierungsprozess, der nicht gesteuert werden kann und auch nicht gesteuert werden soll. Es geht um das Grundrecht auf Engagement und Verwirklichung bürgerschaftlicher Ziele, um das demokratische Recht soziale Arbeit und Dienste nach eigenen Vorstellungen und fern staatlicher Einflussnahme gestalten zu dürfen! Das haben „Fachleute“ gleichermaßen zu respektieren, wie politisch Verantwortliche und staatliche Bürokratien.

Nachbarschafts- und Stadtteilzentren in Deutschland sind seit etwa zwei Jahrzehnten Partner von Stadtteilinitiativen, von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem (ehrenamtlichen) Engagement und haben damit die Grundidee amerikanischer Wiederbegründungen aus der Nachkriegszeit aufgegriffen: Das lokale Engagement der Bürger und das demokratische Handeln im Alltag zu fördern, gehört zu ihren zentralen Aufgaben und Anliegen.

Folglich können und sollen Nachbarschafts- und Stadtteilzentren sich als Partner lokaler Politik und bürgerschaftlichen Engagements begreifen. Wie dies zu verstehen ist, soll im Folgenden näher beschrieben werden, teilweise im Rückgriff auf Beispiele aus der Praxis des Nachbarschaftsheim's Schöneberg e.V. in Berlin.

### **Das Festhalten an überkommenen Strukturen bindet sinnlos finanzielle Mittel, die dringend für Reformen gebraucht würden – die Qualität staatlichen und kommunalen Handelns ist daher stark gefährdet**

Sehr viele finanzielle Mittel werden in Bund, Ländern und Gemeinden in aufgebähten, inkompetenten und passiven Verwaltungen und zudem in bürgerfernen, nicht mehr zeitgemäßen sozialen Einrichtungen sinnlos gebunden. Diese Mittel fehlen für Innovationen, Investitionen und flexibles Handeln in der Kommunal- und Sozialpolitik und für angepasste Problemlösungen, also zeitgerechte soziale Arbeit und bürgernahe Institutionen. Staatliches und kommunales Verwaltungshandeln erweisen sich heute zu oft als „strukturell organisierte Verantwortungslosigkeit“. Die Verwaltung interessiert und beschäftigt sich mehr mit sich selbst als mit ihren eigentlichen Aufgaben: Sie scheitert an ihrer Überorganisation, an Mehrfachzuständigkeiten, an öffentlichem Dienst- und Haushaltsrecht, die noch aus vor-

demokratischen Zeiten stammen. Kein Wunder, dass sich auch die dort arbeitenden Menschen nicht wohl fühlen: Niemand fühlt sich auf Dauer in überholten Strukturen zuhause, niemand ist zu motivieren, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz für die aufgetragene oder übernommene Aufgabe fehlt und im kollegialen Umfeld nicht motivierte Mitarbeiter trotzdem über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen.

Was Milos Forman auf seine Weise ausdrückt, korrespondiert mit den Einsichten von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der seit einiger Zeit der Zivilgesellschaft das Wort redet. Er spricht von einem gesellschaftlichen Wertewandel, vom Vertrauensverlust in staatliche Handlungsfähigkeit, vom gestärkten Vertrauen in die persönliche Handlungskompetenz und meint: Wir müssen weg vom Gedanken an einen möglichst alle Risiken absichernden Versorgungsstaat und hin zu einer verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft, die nicht mehr alle Erwartungen an Staat und Politik richtet und Vorsorge auch selbst organisiert.

### **Politischer Aktionismus ersetzt allzu oft politische Strategie und hinterlässt Wildwuchs und anhaltenden Reformstau**

Kurzfristige – oft auch schlagzeilenträchtige – Programme ersetzen leider seit Jahren langfristige Strategien und werden auch noch als das ausgegeben, was sie beim besten Willen nicht sind: politisches Handeln. Das ist in der „großen Politik“ so, wie in der kommunalen Selbstverwaltung: statt zeitgerechte und die Bürger aktivierenden Grundversorgungsstrukturen zu erhalten und auszubauen, werden mediengerechte Kurzzeitprogramme verkauft, deren Nutznießer eher die professionellen Akteure und deren wissenschaftliche Begleiter sind, als der Personenkreis, für den die Programme bestimmt sind. Neuerdings sind diese Programme häufig mit einer Art Preis-ausschreiben verbunden (beispielsweise als Ideenwettbewerb getarnt). Zur Umsetzung werden mitunter sogar extra Stiftungen und Agenturen gegründet. Schließlich misstraut die politische Führung der eigenen Administration, die tatsächlich selten die Werbestrategien entwickeln könnten, mit denen diese Programme an die Träger gebracht werden. Trendig sollen die Programme wirken – Nachhaltigkeit ist nicht gefragt. Damit wir als Nachbarschaftszentrum von diesen Mitteln profitieren, müssen wir beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit mindestens in der gleichen Geschwindigkeit in der heutzutage Speicherchips der jeweils neuesten Generation auf den Markt gebracht werden, innovative Projekte entwickeln. Das ist ein ganz und gar kapitalistisches System, in dem der gewinnt, der seine Ware – sprich: sein Projekt – am schillerndsten verpackt, also derjenige, der den besten Werbetexter – nicht Jugendarbeiter – in seinen Reihen hat.

Weiteres Symptom des an die Stelle von Strategien getretenen Aktionismus ist die seit Jahrzehnten anhaltende Verdoppelung und Überspezialisierung sozialer Dienste:

Wenn ein Dienst oder auch eine Verwaltung nicht funktioniert, wird sie nicht – salopp ausgedrückt – auf Vordermann gebracht, abgeschafft oder dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzip ausgesetzt. Nein, man lässt sie samt Personal- und Finanzausstattung links liegen und baut Parallelstrukturen bis zur Unübersichtlichkeit auf – nicht selten profitieren auch freie Träger davon. Irgendwann gibt es dann mehr oder weniger für jedes Problem eine eigene gesetzliche Hilfeform und die dazugehörigen Ausführungsvorschriften, Interpretationen, Rahmenvereinbarungen und Ergänzungen zu den Rahmenvereinbarungen sowie dazu die ausführenden Institutionen. Ein Beispiel aus der Jugendhilfe (aus dem Jugendfördersystem wurde im Laufe der Jahrzehnte ein immer teureres Jugendhilfesystem geschmiedet) unterstreicht dies:

Beispiel: Wir haben in Berlin Dutzende von unattraktiven und kaum funktionierenden Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, die neuen Herausforderungen nicht gerecht werden. Die naheliegendste Idee wäre, alles zu tun, um daraus für Kinder und Jugendliche, ja ganze Familien, interessante Häuser zu machen. Stattdessen werden sie ignoriert (ihre faktische Privatisierung durch Mitarbeiter/innen wird akzeptiert) und parallel werden laufend neue Programme aufgebaut, die Parallelstrukturen schaffen und an der Grundmisere nichts ändern: Streetworker-Programme, Anti-Gewalt-Programme, Anti-Rassismus-Programme, der exzessiver Ausbau von ambulanten Erziehungshilfen etc. Hinzu kommen Programme aus den Ländern, vom Bund, von Stiftungen und selbstverständlich auch von der EU und von zahlreichen nachgeordneten Institutionen des Bundes und der Länder. Selbstverständlich sind alle diese Programme nach eigener Einschätzung innovativ und selbstverständlich erwartet jede fördernde Institution neue Modelle – die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen aber dümmern weiter vor sich hin.

**Dezentrale Strukturen und Institutionen, die für den Bürger erreichbar und ihnen verantwortlich sind, die die Probleme eines Stadtviertels genau kennen und mit ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet sind, als zukunftsweisendes Gestaltungsmodell**

Die heutige Gesellschaft ist für zentrale Steuerungsmodelle zu kompliziert, zu vielschichtig und zu individualisiert. Für die Zukunft benötigen wir eine Gewährleistungs-, Sicherstellungs- und Steuerungsverwaltung auf der einen Seite und das Modell der „dezentralen Konzentration“ auf der anderen Seite, der operativen Ebene

ne, einhergehend mit einer massiven Kompetenz- und Ressourcenverlagerung „nach unten“, in die Einrichtungen und Dienste selbst, in das Gemeinwesen.

Dezentrale Konzentration bedeutet Bündelung und Vernetzung regionaler sozialer Dienste, optimale Ausschöpfung vorhandener Ressourcen und eine neue Denkweise. Die sozialen Dienste müssen sich an den Interessen des Stadtreis und dessen Bürger/innen orientieren und nicht an den Vorgaben zentraler, schwerfälliger, überbürokratisierter Apparate. Flexibilität, Durchlässigkeit, örtliche und zeitliche Nähe der Ressourcen und Personen müssen zur Selbstverständlichkeit werden.

In für den Bürger überschaubaren (gewachsenen) Stadtgebieten müssen sich also öffentliche Institutionen, freie Träger und private Initiativen vernetzen, ihre Aufgaben bündeln und den vorhandenen Reformstau durch eigene Initiative auflösen. Sie müssen sich schließlich von Träger- und Einrichtungsegoismen befreien und angesichts des Spardrucks Synergieeffekte erzielen, die sowohl zu besseren Angeboten als auch zur Optimierung der Kosten beitragen.

Entscheidend aber für einen dauerhaften Erfolg eines solchen Konzeptes ist, dass die Kompetenz der Bürger und deren Bereitschaft zur Mitwirkung einbezogen und genutzt wird: Sie kennen zumeist die fachlich bessere und häufig auch die kostengünstigere Handlungsalternative. Politik und Verwaltung mögen sich und können sich dann auf das für sie Machbare beschränken, und das ist: gute Rahmenbedingungen schaffen, bürokratische Hemmnisse abbauen und die Steuerungsfunktion übernehmen.

### **Der Berliner Vertrag zur Förderung der Stadtteilzentren, der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements**

Es ist den politisch Verantwortlichen in Berlin dafür zu danken, dass sie mit dem Fördervertrag für Stadtteil- und Selbsthilfezentren „zusammenführen was zusammen gehört“. Einerseits mussten Politik und Verwaltung wegen des Spardrucks neue Wege beschreiten. Andererseits haben die Berliner Nachbarschaftszentren zu einem guten Teil schon praktiziert, was im Fördervertrag dann vereinbart wurde.

Demnach können und müssen Nachbarschaftsinitiativen, Selbsthilfetreffpunkte und Koordinierungsstellen ehrenamtlicher bzw. freiwilliger Mitarbeiter ihre jeweiligen Arbeitsansätze durch Integration, Kooperation und Bündelung stärken, örtlich und – nicht selbstverständlich, aber logisch – gerade auch durch die Bündelung der Ressourcen der Dachverbände. Wünschenswert ist sogar deren überfälliger Zusammenschluss. Dieser Vertrag beschneidet Einrichtungsinteressen und fachlich beschränkte Sichtweisen. Er unterstützt die innovativen Entwicklungen gemeinwesen-

orientierter Sozialarbeit und verbessert deren Strukturen, obwohl der Vertrag auch gravierende Subventionskürzungen mit sich bringt.

Innovation in der sozialen Arbeit bedeutete über viele Jahre hinweg allein fachliche und organisatorische Differenzierung. Nach dem Motto: jeder sozialen Aufgabe und jedem sozialen Problem ein Spezialangebot, eine eigene Einrichtung und vor allem auch eine eigene Förderschiene. Das hat – vornehm ausgedrückt – zu einer gewissen Unübersichtlichkeit geführt.

Zwar möchten auch Nachbarschafts- und Stadtteilzentren und ihre Verbände nicht, dass der Staat sich aus seiner gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung zurückzieht – er muss Garant der sozialen Grundversicherung und -versorgung bleiben –, aber Einrichtungen und Dienste muss er deswegen keineswegs selbst betreiben. Bürgernahe Nachbarschaftshäuser, offen für die Mitwirkung der Nutzer/innen, transparent für die Öffentlichkeit und das Wissen und das Können der Nutzer/innen einbeziehend, sind nun einmal ideale Träger und geradezu prädestiniert dafür, lokale soziale und kulturelle Netzwerke zu schaffen und partnerschaftlich mit den Kommunen die Verantwortung für das soziale und gesundheitliche Wohlbefinden in einer Region zu übernehmen.

### **Lokale Politik braucht starke regionale Partner, die Aufgaben schultern, bürgerschaftliches Engagement fördern und zusätzliche Mittel akquirieren können**

Wie diese Partnerschaft in der Praxis aussehen kann, zeigen die folgenden Beispiele einer langjährigen Kooperation zwischen dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und dem Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.

– Die Übernahme der vom Bezirk neu erbauten Kindertagesstätte am Riemschneider Weg eröffnete dem damals bezirklichen Auguste-Viktoria-Krankenhaus die Teilbelegung mit Kindern von schichtarbeitenden Mitarbeiter/innen, weil der Träger bereit war, extrem lange Öffnungszeiten von 5:30 bis 20:30 zu sichern, ohne dafür ein extra Entgelt zu erhalten. Durch die Übertragung spart der Bezirk zudem sämtliche Kosten für Verwaltung und den baulichen Unterhalt der Kindertagesstätte.

– Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Voralberger Damm 13 wurde an das Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. übertragen, nachdem der Bezirk aus Spargründen Stellen nicht mehr besetzen konnte und das Haus einen großen Teil der Kinder und Jugendlichen des Einzugsgebietes nicht mehr erreichte. Das modernisierungsbedürftige Haus wurde vom neuen Träger weitgehend auf seine Kosten modernisiert. Mit weniger Personal und einem neuen Konzept erreicht das Haus

wieder alle Zielgruppen und hat neue Aktivitäten entwickelt, unter anderem ein umfangreiches Angebot an Schularbeitshilfen. Letzteres fördert die Zusammenarbeit mit den Eltern und den umliegenden Schulen sehr. Fazit: das Haus ist nun für den Bezirk, der weiter fördert, kostengünstiger und für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils attraktiver geworden. Ihre Zukunftschancen haben sich deutlich verbessert. Die polizeilich auffälligen Delikte von Kindern und Jugendlichen haben deutlich nachgelassen.

– Ein bezirklicher Bauspielplatz geriet aufgrund seiner „Nichtpädagogik“ in öffentliche Kritik, so dass Anwohner die Schließung forderten und der Vermieter mit der Kündigung der dazugehörenden Mieträume drohte. Die Anwohner waren unter der Voraussetzung der Mitwirkung des Nachbarschaftsheim dazu bereit, ihre Schließungsforderungen zurückzunehmen. Daraufhin entwickelte der Bezirk und Nachbarschaftsheim ein bis heute funktionierendes Konzept einer tragfähigen Zusammenarbeit und der Bauspielplatz genießt wieder die Unterstützung der Anwohner. Die jahrelange Verbindung und die Zusammenarbeit zwischen Nachbarschaftsheim und Bürgern haben eine Vertrauensbasis geschaffen: Man kennt die Akteure und ist sich sicher, dass dort professionelles Können zur Meisterung schwieriger Situationen vorhanden ist, und die Einrichtungen gut und transparent geführt werden. Mittlerweile denkt der Bezirk darüber nach, den Spielplatz ganz in die Trägerschaft des Nachbarschaftsheim zu geben – diesmal aus reinen Spargründen –, und wir sind gefordert, ein Konzept zu entwickeln, den Spielplatz ohne große öffentliche Förderung zu erhalten. Dies wird nur mit den Anwohnern zusammen gelingen.

– Ein bezirkliches Kinderheim kommt in die Trägerschaft des Jugendaufbauwerks. Aufgrund der Nichtauslastung steht ein Teil der Räume seit vielen Jahren leer. Leerstand, der Kosten verursacht. Das Nachbarschaftsheim seinerseits benötigt dringend Räumlichkeiten für Familienbildung, Eltern-Kinder-Gruppen, Selbsthilfeeinheiten etc. Bezirk, Jugendaufbauwerk und Nachbarschaftsheim einigen sich auf Drängen des Nachbarschaftsheim, das den Nachfragedruck der Eltern, der Kinder und der Gruppen spürt: Die Räume werden kostenfrei gegen Renovierung und Zahlung von laufenden Unterhalts- und Instandsetzungskosten an das Nachbarschaftsheim übergeben. Inzwischen ist aus einem Teil des Kinderheim und des dazugehörigen Grundstücks ein lebendiges „Familien- und Selbsthilfezentrum“ mit Café und grundlegend sanierten Garten entstanden – rege genutzt. Alle Beteiligten – und vor allem die Bevölkerung – haben nur Vorteile!

– Eine Schule sucht für ihre Kinder dringend eine Hortbetreuung. Die Kindertagesstätten der Umgebung haben keine Plätze. Die Schule hat einige leerstehende, bzw. gering genutzte Räume. Das Schulamt ist damit einverstanden, diese dem Nachbarschaftsheim zu überlassen, das vom Jugendamt der Schule als möglicher Träger genannt worden war. Da öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen,

baute das Nachbarschaftsheim aus eigenen Mitteln die Räumlichkeiten für Hortzwecke um und hat innerhalb weniger Monate 44 dringend benötigte Plätze geschaffen. Die Attraktivität der Schule ist dadurch gestiegen. Eltern und Kindern wurden große Sorgen genommen.

– Eine Gruppe türkischer Senioren sucht dringend einen Ort als Treffpunkt. Der Bezirk hat keine Räume und keine finanziellen Mittel – weder für Mietkosten, noch für den Bau einer eigenen Einrichtung. Das Nachbarschaftsheim ist bereit, das Mietrisiko zu übernehmen, die türkischen Senioren sind ihrerseits bereit, den Treffpunkt auch für Jugendliche zu öffnen. Das ermöglicht ein Gesamtkonzept, das die Finanzierung der Miete und eines Teils der Einrichtung über Stiftungsmittel und einer Anschubfinanzierung der Selbsthilfe absichert. Senioren und Jugendliche sanieren den angemieteten Laden gemeinsam. Inzwischen herrscht in „Merkez“ (Zentrum, Marktplatz) reges – weitgehend selbst organisiertes – Leben durch Gruppen- und Kursangebote, die Offene Tür und Sozialberatung. Dieses Beispiel zeigt, dass zwingend notwendige Einrichtungen sogar ohne bezirkliches Engagement von einem starken freien Träger geschaffen werden können, wenn sich engagierte Bürger und ein freier Träger, der sich den Problemen der Region verpflichtet fühlt und von den Bürgern des Stadtteils getragen wird, zusammentun.

Diese Beispiele aus den letzten Jahren könnten noch ergänzt werden. Die Zukunft gelungener sozialer Arbeit im Gemeinwesen liegt darin, herauszufinden, wer was von den Beteiligten am besten kann, welche Ressourcen jeder Beteiligte jeweils einbringen kann und wie diese Nutzen stiftend und möglichst kostengünstig für bessere Angebote an die Bürgerschaft und mit ihr zusammen verwendet werden können.

Nachbarschafts- und Stadtteilzentren und das ihnen eigene bürgerschaftliche Engagement sind ein Angebot an die Stadt und an die Politik – es kommt in der aktuellen gesellschaftlichen Situation darauf an, ihre Strukturen zu erhalten und auszubauen, die darin liegenden Chancen zu erkennen und die hier nur kurz angedeuteten Möglichkeiten herauszufordern.

#### Weiterführende Informationen und Literatur über

[www.nachbarschaftsheim-schoeneberg.de](http://www.nachbarschaftsheim-schoeneberg.de)  
[www.stadtteilzentren.de](http://www.stadtteilzentren.de)

### Was sind und wie arbeiten Nachbarschaftsheim und Stadtteilzentren?

Nachbarschaftszentren sind gemeinwesenorientierte freie Träger sozial-kultureller-Arbeit mit zum Teil jahrzehntelanger Tradition. Als freie Träger in der Rechtsform eingetragener Vereine sind sie unabhängige und weltanschaulich neutrale Organisationen, die im Rahmen ihrer Satzung und gemeinnützigen Vereinsziele selbst über ihre Angebote entscheiden.

In Berlin gibt es rund 30 Nachbarschaftszentren mit sehr unterschiedlicher Kultur und Ausprägung und zum Teil mit langjähriger Tradition. In vielen Ländern der Welt gehören Nachbarschaftszentren zu den wichtigsten Trägern sozialer Arbeit überhaupt (z.B. USA, England, Kanada, Frankreich, Israel, Niederlande, Finnland, etc.).

Nachbarschaftszentren verstehen sich als Bürgerinitiative, Netzwerk und Plattform für soziales und kulturelles Engagement im Stadtteil, und sie sind Anbieter von sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen mit folgenden Arbeitsgrundsätzen:

- generationen- und schichtenübergreifende Angebote für alle Bürger
- Verbindung von sozialer Arbeit und kultureller Beteiligung
- die Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements
- konkret-nützliche Dienstleistungen und Hilfen anzubieten
- die Arbeit lokal und nachbarschaftsorientiert auszurichten und
- die weltanschauliche Neutralität und Unabhängigkeit zu sichern.

#### Nachbarschaftszentren sind Träger von Einrichtungen,

wie Selbsthilfetreffpunkten, Seniorenfreizeiteinrichtungen, Familientreffpunkten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schülerclubs und Schulstationen, Kindertagesstätten, Sozialstationen, Integrationsprojekten, Betreuungsvereinen, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten und anderem mehr.

#### Nachbarschaftszentren sind sensibel für Probleme

Sie leisten Beratungs- und Unterstützungsarbeit beispielsweise in Bildungs- und Erziehungsfragen, in sozialrechtlichen Angelegenheiten, bei der Integration von Bürgern ausländische Herkunft und tragen dazu bei, das soziale und gesundheitliche Wohlbefinden der Bevölkerung und den sozialen Ausgleich im Stadtteil zu fördern.

**Nachbarschaftszentren fördern die Selbsthilfe und Selbstorganisation der Bürger**  
Sie schaffen Möglichkeiten der Kommunikation, der Beteiligung und des Handelns. Sie begleiten und unterstützen Personen, Gruppen, Initiativen und er-möglichen ehrenamtliche (freiwillige) Mitarbeit und bürgerschaftliches Engagement im Wohngebiet und in den Einrichtungen.

### **Nachbarschaftszentren sind Orte der Kultur und Kommunikation**

Sie fördern und wecken die kreativen Potentiale von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren und ermutigen zu eigenen Aktivitäten. Die Stadtteil-kulturarbeit der Nachbarschaftszentren gibt subjektiven Bedürfnissen Raum, schafft kommunikative Strukturen und aktiviert soziales Leben. Kulturarbeit ist für uns aktive Beteiligung, eigene Gestaltung und Verwirklichung, aber auch neugierige Teilhabe und gewonnenes Selbstbewusstsein.

### **Nachbarschaftszentren arbeiten bürgernah, offen für alle und transparent.**

Die Angebote der Nachbarschaftszentren stehen allen Bürgern offen und sind nicht an Mitgliedschaften, beispielsweise im Verein, gebunden. Die Einrichtungen haben bürgerfreundliche Öffnungszeiten. Ansprechpartner und Verantwortliche werden in den Veröffentlichungen benannt. Die Einrichtungen veröffentlichen ihre Angebote regelmäßig (Programmhefte, Flyer, Internet, Presse etc.). Die Einrichtungen und Räumlichkeiten sind freundlich gestaltet und strahlen eine wohlthuende Atmosphäre aus.

### **In Nachbarschaftszentren arbeiten innovative und selbstständige Mitarbeiter/innen**

Die Mitarbeiter/innen sollen ihre Aufgaben weitgehend selbstständig und in eigener Verantwortung nach den hier beschriebenen Grundsätzen wahrnehmen und dazu beitragen, dass die Ziele im Interesse der Bürger des Stadtteils erfüllt werden. Jede(r) Mitarbeiter(in) ist bei uns eingeladen, seine/ihre Fähigkeiten, Ideen und Wünsche in den Arbeitsalltag und in das Programmangebot des Nachbarschaftsheim einzubringen und verpflichtet, sich fortzubilden, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

### **Nachbarschaftszentren suchen die Zusammenarbeit**

mit den Bürgern, mit der Verwaltung, mit öffentlichen Einrichtungen, mit anderen Trägern sozialer Arbeit, mit Schulen, mit Kirchengemeinden, mit Bürgerinitiativen, Wohnungsbaugesellschaften, Geschäftsleuten und Firmen, mit den politisch Verantwortlichen und mit den Parteien, kurz: mit allen, die für ein Gemeinwesen Verantwortung tragen oder in einem Gemeinwesen aktiv sind.

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Nachbarschaftszentren besonders geeignet sind, Problemen der gesellschaftlichen Individualisierung, der Entfremdung und den Zukunftsängsten zu begegnen. Sozialkulturelle Einrichtungen arbeiten bürgernah, flexibel, kostengünstig und effektiv. Sie sind in der Lage schnell und mit zeitgemäßen Mitteln auf Veränderungen im Gemeinwesen zu reagieren und sind so in den letzten Jahren zu immer wichtigeren Partnern für die Bürger, die Politik und die Verwaltung bei der Lösung von Problemen geworden. Ihre Stärke beziehen sie letztendlich aus dem Engagement der Bürger, die ihre Einrichtungen im Stadtteil über den jeweiligen Trägerverein oder als engagierter Nutzer mitgestalten können.

Wolf Rainer Wendt

## **Soziale Arbeit und Ökonomie im Gemeinwesen: der sozialwirtschaftliche Zusammenhang**

Im Gemeinwesen sozial arbeiten und wirtschaften, passt das zusammen? Ich denke: in der Konsequenz notwendigerweise. Um zu dieser Feststellung zu kommen, bedarf es einer Klärung, in welcher Beziehung Gemeinwesenarbeit als ziviles Handeln zum sozialen Arbeiten und Wirtschaften im Gemeinwesen steht. Die Explikation der Begriffe führt auf den Diskurs über Gemeinwesenarbeit zurück, wie er wesentlich von Dieter Oelschlägel mitbestimmt worden ist. Die Neugestaltung von GWA in den letzten Jahren ist nicht abgeschlossen. Zu ihrer künftigen Positionierung kann die Sozialwirtschaftslehre beitragen. Von ihr her wird die These vertreten: Emanzipatorische Gemeinwesenarbeit lässt sich (dialektisch) aufheben in der wirtschaftenden Weise einer Entwicklungsarbeit am individuellen und sozialen Leben im Gemeinwesen.

### **Eine vorläufige Gegenüberstellung**

Es gibt den Theorierahmen einer sozialraumbezogenen zivilen GWA und den Theorierahmen einer lokalen und individuellen Ökonomie des Lebens im Gemeinwesen. Beide verweisen auf der Mikroebene auf (subpolitische und mikroökonomische) Entscheidungen der Angehörigen des Gemeinwesens. Der sozialwirtschaftliche Zusammenhang besteht in dem reflexiven Charakter dieser Entscheidungen in der Umwelt, in der sie getroffen werden. Sie berücksichtigen Gegebenheiten und Veränderungen im näheren und weiteren Lebensfeld, und diese wiederum gestalten sich nicht unabhängig vom Handeln der Akteure im Lebensfeld. Die gemeinten Sachverhalte werden aber auf einer anderen Ebene als der des persönlichen Wollens und Könnens politisch und ökonomisch bewegt. Will der Einzelne auf sie einwirken und bei ihrer Gestaltung mitmischen, kann er nicht im Selbstbezug verharren. Analog stellen wir in sozialwirtschaftlicher Betrachtung die methodischen Differenzen von auf Individuen gerichteter Sozialarbeit und – getrennt davon – auf das „Leben im Quartier“ gerichteter Gemeinwesenarbeit zurück, zugunsten einer angemessenen Bewirtschaftung von Ressourcen auf den Ebenen persönlicher und